

Linke Alternativen für Wien*

1.) Arbeit und Soziales

Wir stehen für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Reproduktionsarbeit für Frauen und Männer sowie für die Umverteilung und Neubewertung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern. Gegen die wachsende Armut ist – so unsere Meinung - ein von Erwerbsarbeit unabhängiges bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen notwendig.

Wir fordern die sofortige generelle Arbeitszeitverkürzung ohne weitere Flexibilisierung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich als ersten Schritt, um Arbeit neu zu verteilen.

Wir fordern eine aktive Lohnpolitik, die Inflation und Produktivitätswachstum berücksichtigt und die Einkommensunterschiede verringert sowie einen gesetzlichen Mindeststundenlohn von zehn Euro.

Das Arbeitslosengeld muss erhöht und auf die Dauer der Arbeitslosigkeit verlängert werden, Restriktionen gegen Arbeitslose müssen beseitigt werden.

Wir sagen: die besten 15 Jahreseinkommen sind wiederum als Berechnungsbasis für die Pension heran zu ziehen. Bildungszeiten müssen als Beitragszeiten anerkannt werden. Wir fordern die jährliche Valorisierung der Pensionen, wobei neben der Teuerung auch der Produktivitätszuwachs abzugelten ist.

Rücknahme der Verschlechterungen bei der Invaliditätspension für die unter 50 Jährigen

Wir fordern die Absenkung des Pensionsalters und die Schaffung einer bedingungslosen und somit echten existenzsichernden Mindestpension für alle.

2. Wohnen ist ein Menschenrecht

Weg mit den Einstiegskosten (Provisionen, Kautionen) in den Wohnungsmarkt!

Keine Mietzinse über den gegenwärtigen Richtwertmietzins. Keine Zuschläge! Keine befristeten Vermietungen

Rückkehr zum Kategoriemiettsystem - alle Wohnungen sollen dem Mietrecht unterliegen

Entkoppelung der Mieten vom Index

Wiederaufnahme des kommunalen, sozialen Wohnungsbaus durch die Gemeinde Wien

kein Verkauf von Wohnungen im öffentlichem Eigentum

Sanierungskosten dürfen nicht weiterhin zu 100% auf die MieterInnen überwältzt werden. Unser Vorschlag: je ein Drittel Förderung, ein Drittel EigentümerInnen und nur ein Drittel soll von den MieterInnen getragen werden.

Stopp der Gebühren-Erhöhlungen bei kommunalen Dienstleistungen

Wohnbeihilfe für alle Haushalte, wo mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens

für die Wohnung ausgegeben wird, Ja zu bundesweiten Heizkostenzuschüssen

Sämtliche wohnrechtliche Verfahren sowie gerichtliche Kündigungen und Besitzstörungsklagen sind kostenlos durchzuführen.

3. Nulltarif auf allen Öffis und Ja zu einer kostenlosen Energiegrundsicherung

Wir verlangen eine Ausweitung der öffentlichen Verkehrsmittel verbunden mit einem sofortigen Nulltarif auf allen Öffis, denn Gratis-Öffis würden ein noch stärkeres Umsteigen vom Auto auf die Öffis bewirken. Das wäre ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz und ein Schritt dazu, Österreich vor weiteren Strafzahlungen wegen Überschreitung der Klimaschutzziele zu bewahren.

Wir verlangen eine kostenlose Energiegrundsicherung (jeder Haushalt erhält ein kostenloses Kontingent an Energie, der über die Grundsicherung hinaus gehende Energieverbrauch wird progressiv besteuert) wäre von Wien-Energie, sofern gewollt, auch im Alleingang realisierbar.

Strom- und Gasabschaltungen bei Privathaushalten (aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten) lehnen wir ab, da Wien-Energie jährlich satte Gewinne einfährt.

Wir stehen für den Ausstieg aus der Atomenergie. Statt der Forcierung des Handels mit Emissionszertifikaten stehen wir für wirksame Maßnahmen zur Senkung der CO²-Belastung.

4. Frauenrecht ist Menschenrecht

- # Wir fordern den Ausbau unabhängiger feministischer Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen sowie von Interventionsstellen gegen Gewalt und umfassende Unterstützung von Frauenhäusern.
- # Wir fordern die Einrichtung eines unabhängigen Wiener Frauenrates, der aus Vertreterinnen dieser Frauen- und Mädcheneinrichtungen besteht.
- # Es ist dafür zu sorgen, dass Frauen – unabhängig von ihrer konkreten Lebenssituation - einen eigenen Pensionsanspruch erwerben können.
- # Wir fordern die Verankerung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch im Gesundheitsrecht und die ersatzlose Streichung der entsprechenden Paragraphen im Strafgesetzbuch.
- # Schwangerschaftsabbrüche sollen kostenlos in allen öffentlichen Spitälern mit gynäkologischen Abteilungen durchgeführt werden können.
- # Schutz vor radikalen AbtreibungsgegnerInnen muss durch entsprechende Schutzzonen rund um Ambulatorien gewährt werden.

5. Demokratie – Gleichberechtigung – Selbstbestimmung

Die Bevölkerung in Wien ist multiethnisch, doch durch rassistische Gesetze werden Nicht-StaatsbürgerInnen vielfach diskriminiert. Nicht-StaatsbürgerInnen verdienen deutlich weniger. Zugleich ist die Armutsgefährdung von Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft deutlich höher. Durch illegale Beschäftigung produzieren Unternehmen Lohndruck, der auf alle Bereiche der Wirtschaft wirkt. Daher fordern wir gleiche soziale und politische Rechte (inkl. dem Wahlrecht) für alle Menschen, die in Österreich leben – unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

- # Wir fordern den Zugang zu Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen – unabhängig von der Staatsbürgerschaft.
- # Die Diskriminierung am Arbeits- und Wohnungsmarkt und bei der Bildung muss über pädagogische und rechtliche Schritte bekämpft werden.
- # Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl, denn Flucht ist kein Verbrechen. Wir fordern die Abschaffung der unmenschlichen Schubhaft.
- # Der Arbeitsmarkt muss für AsylwerberInnen geöffnet werden. Die menschenverachtenden Anhaltelager in den EU-Küstenstaaten sind aufzulösen. Offene Grenzen für die Menschen statt freier Verkehr für das Kapital!

Wir fordern die Abschaffung aller Sperrklauseln im Wahlrecht, die Überarbeitung der undemokratischen Wiener Stadtverfassung und Überlegungen und Vorschläge, die ein mehr an Partizipation aller Bürger und Bürgerinnen ermöglichen.

Die Entwicklung zum Überwachungsstaat muss gestoppt werden. Wir fordern die Rücknahme des Sicherheitspolizeigesetzes, des Militärbefugnisgesetzes und der Vorratsdatenspeicherung. ACTA und ähnliche Ideen, die auf die Kontrolle des freien Informationsflusses abzielen, lehnen wir ab.

Wir sagen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Wir fordern die strikte Anwendung des NS-Verbotsgesetzes. Offene und versteckte Neonazi-Aktivitäten oder die Verherrlichung von NS-Verbrechern darf in Wien keinen Platz haben – daher darf der WKR-Aufmarsch, egal unter welchem Namen, nicht hingenommen werden.

Partizipation erfordert Transparenz - Demokratie bedeutet gleiche Rechte für alle

Unser Anspruch ist: alle Menschen haben - unabhängig von ihrer Herkunft, sozialer Stellung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter und Einkommen - das Recht an der Gestaltung politischer und ökonomischer Prozesse teilzuhaben.

Partizipation will mehr Menschen in die Lage versetzen, Ihre Interessen zu artikulieren und zu vertreten. Partizipation ist mehr als „alle paar Jahre“ einen Stimmzettel auszufüllen und auch mehr als Petitionen einzubringen, die in Schubladen im Rathaus verschwinden. Voraussetzung für Gestaltungsmöglichkeiten ist gleichberechtigter Zugang zu Informationen. Es gilt die Menschen bereits in die Entscheidungsfindung von Projekten und Planungen einzubeziehen.

Wir fordern daher:

- Teilhabe muss unabhängig von der sozialen Stellung ermöglicht werden - d.h. es muss soziale Ungleichheit abgebaut werden
- Entscheidungsprozesse müssen auf eine breite Basis gestellt werden
- Betroffene müssen rechtzeitig eingebunden werden, d.h. bereits in die Entscheidungsfindung
- Informationspflicht für Beamte und Politiker/innen auf allen Ebenen
- Information muss öffentlich zugänglich gemacht werden
- Öffentliche Bürger/innenversammlungen
- Anhörungsrecht von Betroffenen in den Ausschüssen der Gemeinde und Bezirke
- Sicherstellung der Finanzierung unterschiedlicher Beteiligungsprozesse

Ja zu Datenschutz, Ja zur Netzfreiheit

Damit die digitale Revolution auch ein Fortschritt für die Menschen wird, müssen wir sicherstellen, dass alle daran teilhaben und darauf vertrauen können, dass Grundrechte aller Menschen auch im Netz gewahrt sind.

Wir fordern daher:

- Ein Grundrecht auf Breitbandzugang zum offenen und freien Internet.
- Das Verbot von systematischer und flächendeckender Überwachung von Menschen, die Errichtung von Zensurinfrastruktur und der Vorratsdatenspeicherung sowie umfassender Schutz von privaten Daten.
- Sicherung von Netzneutralität und Wahrung des gleichen Zugangs zu Inhalten mit gleicher Geschwindigkeit für alle NutzerInnen.
- Freier Zugang zu Wissen und Kultur bei fairer Entlohnung für Kunst- und Kulturschaffende.
- Förderung von Innovationen, Verhinderung von Patentmissbrauch sowie Verbot von Patenten auf Leben, Software und Trivialitäten.
- Freier Zugang zu Wissen und Forschung. Wissenschaftliche Arbeiten und daraus resultierende Veröffentlichungen, die mit Unterstützung öffentlicher Mittel geschaffen wurden, müssen für alle Menschen frei zugänglich und nutzbar sein.

Gleiche Rechte – her mit der ResidenzbürgerInnenschaft

In Wien leben derzeit (Stand: 1.10.2014) 1.793.667 Menschen. Fast 250.000 Menschen – also fast 25 % - dürfen an Nationalrats- und Gemeinderatswahlen jedoch nicht teilnehmen, weil sie keine österreichische StaatsbürgerInnenschaft besitzen. Tatsache ist aber: Die Bevölkerung in Wien ist seit jeher multi-ethnisch und multi-kulturell – seit jeher werden und wurden viele Sprachen gesprochen und verstanden. Seit geraumer Zeit wird - auf dem Rücken von sprachlichen Minderheiten - der rechtspopulistischen Stimmungsmache nachgegeben. Deutschzwang wird nun als Allheilmittel forciert, während die tatsächlich existierenden sozialen Probleme ignoriert werden.

Allein der Umstand, dass über 20 Prozent der in Wien lebenden Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, ist eines der bestechendsten Argumente warum eine ResidenzbürgerInnenschaft (**dort wo eine Person ihren Lebensmittelpunkt hat, besitzt sie alle politischen und sozialen Rechte**) für eine demokratische Entwicklung unserer Stadt notwendig ist.

Integration ist nicht Assimilation - Integration meint nicht Anpassung und Unterordnung unter die herrschenden Verhältnisse - Integration sagen und Isolation betreiben kann keine Lösung sein.

Bildung – Ausbildung – Lehre

Derzeit besteht unser Bildungssystem aus einem Flickwerk von unfertigen Projekten, das weder dem Anspruch der Lehrenden noch den Bedürfnissen der SchülerInnen gerecht wird. Bildung wird auch von der Politik längst als „Ware“ begriffen, die Erfolg am Arbeitsmarkt ermöglichen soll.

Bereits im Kindergarten wird die erste Selektion vorgenommen, indem Kinder nach ihren sprachlichen Fähigkeiten getrennt werden. Mit dem 9. Lebensjahr erfolgt die Trennung in "Begabte" und "Minderbegabte". Sind die Kinder dann mit 15 Jahren am Ende ihrer Pflichtschulzeit angelangt, haben sie nur zu oft - durch starre Lehrkonzepte, die auf Leistungsdruck und auf unreflektierte Wissensvermittlung aufbauen - das eigentliche Lernziel oft weit verfehlt.

Dazu kommt, dass ohne den Ausbau von Ganztagschulen mit einem den individuellen Fähigkeiten angepassten Lernprogramm die immer komplexeren Wissensstandards nicht vermittelt werden können.

Die KPÖ-Wien fordert daher ein Gesamtkonzept für Schulbildung, in das auch Aus- und Weiterbildung der Lehrenden mit einbezogen wird.

Als Sofortmaßnahmen können u.a. getroffen werden:

- Senkung der KlassenschülerInnenzahl

- Muttersprachlicher Unterricht in allen Schulstufen
- Inklusion als Leitprinzip, flächendeckend gemeinsame Klassen für alle Bedürfnisse
- Projektunterricht und offenes Lernen, um selbstorganisiertes und lustbetontes Lernen in heterogenen Gruppen nach individuellen Interessenslagen zu ermöglichen
- ständige Anwesenheit von mindestens 2 LehrerInnen pro Klasse
- praxisorientierte Anpassung (Vergrößerung) der Arbeitsplätze der Lehrenden
- Aufwertung und Vereinheitlichung der KindergärtnerInnen- und LehrerInnenbildung und deren Verankerung an den Universitäten

Jene jungen Menschen, die nach der Pflichtschule eine Lehrstelle suchen, müssen oft feststellen, dass keine Lehrstelle zu finden ist. Fünf Lehrlinge buhlen zur Zeit um eine offene Lehrstelle in Wien. Gleichzeitig klagen immer mehr Betriebe über einen Mangel an Fachkräften. Die Ursache: immer weniger Betriebe sind bereit Lehrlinge aufzunehmen und zu FacharbeiterInnen auszubilden.

Wir meinen: das duale Lehrlingsausbildungssystem hat sich bewährt. Es sollte auf eine neue Stufe gestellt und den heutigen Anforderungen angepasst werden. Viele neue Berufe (wie z.B. Heimpflege) sind entstanden, sie bedürfen neben dem Handwerklichen auch eines fundierten theoretischen Wissens.

Ziel der Berufsausbildung muss sein, dass man im erlernten Beruf arbeiten und sich weiterentwickeln kann

Wir fordern daher:

- Gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht, dann Trennung in Jugendliche, die eine Schule mit Berufsausbildung machen, und Jugendliche, die eine höhere Schule besuchen.

Für jene mit Berufsausbildung bedeutet dies Schule mit Lehrwerkstätte und Lehrabschluss. Für jene Berufe, die ein besonderes handwerkliches Geschick benötigen ist eine zeitlich begrenzte Ausbildung in Betrieben anzustreben. Das hätte den Vorteil, dass die Lehrziele immer überprüft werden können.

Die Finanzierung könnte durch eine Berufsausbildungsabgabe (ein bestimmter Prozentsatz der Lohnsumme) von allen Unternehmen, die mehr als 5 Angestellte beschäftigen, sicher gestellt werden.

Gesundheit und Pflege

Das Wiener Gesundheitssystem wird gerade umgebaut – angesichts angeblich knapper Budgets ist zu befürchten, dass sich die Situation für die BürgerInnen und für die im Gesundheitsbereich Tätigen weiter verschlechtern wird.

Zweiklassenmedizin und -pflege sind in dieser Stadt schon jetzt oft Normalität. Die Zahl der Gangbetten in den öffentlichen Spitälern steigt kontinuierlich an. Das AKH ist bereits heimlich teilprivatisiert. Der Krankenanstaltenverbund ist als eigenes Unternehmen ausgegliedert mit dem Ziel einer leichteren künftigen Privatisierung. Diese Entwicklungen gehen Hand in Hand mit einer Prekarisierung, Unterqualifizierung, Illegalisierung und Unterbezahlung von Pflege- und Betreuungsverhältnissen. Der Trend geht hier eindeutig zurück zu schlecht oder unbezahlter Frauenarbeit.

Im niedergelassenen ärztlichen Bereich herrscht ökonomischer Gewinnruck, Ordinationszeiten gibt es nur in Spitzenzeiten für wenige Stunden, in denen der „Patientendurchsatz“ so hoch wie möglich sein muss. Krankenanstalten kannibalisieren sich gegenseitig mit Fließband-Operationen, um die Finanzierung mittels eines absurden Punktesystems zu gewährleisten.

Psychiatrische und psychoanalytische Behandlung wird eingeschränkt, es fehlt an psychiatrischer, logopädischer, ergo- und physiotherapeutischer sowie sozialpädiatrischer Betreuung für Kinder und Jugendliche. Palliativbetreuungsplätze und Wohnplätze für Menschen mit Behinderung sind rar.

Zusätzlich führen herrschender Arbeitsdruck und zunehmendes Abgleiten großer Bevölkerungsgruppen in armutsgefährdende Verhältnisse – wie wissenschaftlich belegt ist - zu psychischer Belastung und somit Krankheit.

Wir fordern daher:

- Multiprofessionelle Teams, deren adäquate Entlohnung und Arbeitszeitverkürzung durch einheitliche Kollektivverträge sichergestellt wird
- professionalisierte Ausbildungen
- die Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl an Krankenanstalten-, Pflege- und Betreuungsbetten
- das Zurückdrängen von Pharma- und Medizinprodukte-Industrielobbys ermöglicht ein partizipatives Gesundheitswesen, in dem die PatientInnen Mitbestimmungsrecht und Entscheidungsgewalt haben.

Eine interessante Alternative zu der prekären niedergelassenen ärztlichen Versorgung könnten wohnortnahe Gesundheitszentren wie in Skandinavien, besetzt mit multiprofessionellen fix angestellten Teams, sein, die 24h am Tag offen stehen und damit Krankenanstalten entlasten.

Gesundheitsversorgung muss öffentlich bleiben und für alle in Wien lebenden Menschen vorhanden, erreichbar und leistbar sein.

Ein solidarisches Gesundheits- und Sozialwesen, wie es sich die KPÖ vorstellt, ermöglicht es den Betroffenen, in Würde zu leben, zu altern und zu sterben. Gleichzeitig stellt es angemessene Arbeitsbedingungen für die darin tätigen Menschen sicher.

Pensionen – Ein Leben in Würde ermöglichen

1. Entgegen aller Beteuerungen angeblicher Experten ist das staatliche Pensionssystem, welches auf der Umlage-Finanzierung beruht, nicht vom Kollaps bedroht. Für das umlagefinanzierte staatliche Pensionssystem ist nicht die Demographie sondern die Zahl der BeitragzahlerInnen und die Höhe der Löhne ausschlaggebend - die Zahl der Beschäftigten steigt ständig. Prognosen der Statistik Austria zeigen, dass in den nächsten Jahrzehnten mit einem weiteren Anwachsen der Beschäftigung gerechnet werden kann.
2. Der Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten beträgt etwa 4 Mrd. Euro. Das sind nicht mehr als 15% der ausgezahlten Pensionen und ist damit meilenweit von der bei der Installierung des ASVG intendierten Drittelfinanzierung entfernt.
3. Die Steuerpolitik ist ein wesentlicher Faktor der Alterssicherung. Die steuerfinanzierten versicherungsfremden Leistungen der Alterssicherung (Ersatzzeiten, Ausgleichszulage etc.) zahlen sich die Arbeiter und Angestellten aber faktisch selber, da sie zu vier Fünftel zum Steueraufkommen beitragen. Vermögen- und Erbschaftssteuern, höhere Steuern auf Kapitaleinkünfte und Profite sind daher wichtige Komponenten für einen Ausbaus der Alterssicherungssysteme.
4. Eine nachhaltige Pensionsfinanzierung erfordert eine Umstellung des Systems der Dienstgeberbeiträge auf Wertschöpfungsbasis (inkl. Zinsen, Mieten, Abschreibungen und Steuern). Nur so kann die wachsende Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zur Alters- und angemessenen Pensionssicherung beitragen anstatt dass sich der Profit einzelner weiter vermehrt.

Übrigens: Die KPÖ ist die einzige Partei, die die sofortige und ersatzlose Abschaffung des Bundesheeres fordert – allein dadurch würden auf Bundesebene jährlich rund zwei Milliarden Euro für sinnhafte Projekte frei.

**Ps.: Dieses Dokument ist eine Kurzfassung mehrerer auf der Landeskonzferenz 2012 mit großer Mehrheit beschlossener Anträge.
Der Antrag bildet die Grundlage für unsere inhaltliche Positionierung bei den Wiener Wahlen 2015.**